

Argumente und Aktivitäten für eine sozialistische Wohnungspolitik

Von Werner Herzig,

Mitglied des Sekretariats der Stadtleitung Magdeburg der SED und Oberbürgermeister

Menschenwürdige Wohnverhältnisse für die Arbeiter und alle Werktätigen zu schaffen, die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen, das war schon immer Ziel der revolutionären Arbeiterbewegung. Darum ist das auf den Zeitraum bis 1990 bemessene Wohnungsbauprogramm das Herzstück der Sozialpolitik der SED. Dieses Programm weiter konsequent zu verwirklichen, darauf orientiert die vom X. Parteitag beschlossene Direktive für den Fünfjahrplan 1981 bis 1985.

Wie stellen sich die Parteiorganisationen Magdeburgs, die Kommunisten in den staatlichen Organen der Stadt dieser komplizierten Aufgabe?

Wohnungsfragen sind wesentliche Probleme der Kommunalpolitik. Deshalb ist es wichtig, die Genossen mit einer klaren Argumentation auszurüsten, mit der sie das politische Gespräch bestreiten können. Die Stadtleitung der SED und die Genossen im Rat der Stadt stellen dabei vor allem zwei Aspekte in den Vordergrund: die greifbaren Resultate unserer Wohnungspolitik und ihren sozialen Inhalt.

Was viele ältere Bürger Magdeburgs aus eigenem Erleben wissen, gilt es, jungen Menschen erst bewußtzumachen: Am Ende des faschistischen Krieges waren in unserer Stadt 74000 Wohnungen völlig zerstört oder nicht mehr bewohnbar. Betriebe, Krankenhäuser, Schulen, Kulturstätten und historische Bauten lagen in Trümmern. Erst 36 Jahre sind seitdem vergangen. Heute ist Magdeburg eine blühende Stadt. Mehr als 64000 Wohnungen wurden seit der Grundsteinlegung für den Neuaufbau im Jahre 1951 fertiggestellt. 61 Prozent davon erhielten Arbeiterfamilien, 13,9 Prozent junge Eheleute und 6,9 Prozent ältere Bürger.

Das Wohnungsbauprogramm ermöglichte es, zwischen dem VIII. und X. Parteitag in Magdeburg die bisher größten Fortschritte zu erzielen. Im vergangenen Planjahr fünf wurden dafür 900 Millionen Mark aufgewendet. Es war schon ein freudiges Ereignis, als am Vorabend des X. Parteitages die 75000. seit 1971 im Bezirk ge-

baute Wohnung an die Familie des Arbeiters Klaus Keßler aus der Stahlgießerei „Wilhelm Pieck“ übergeben werden konnte.

Damit niemand glaubt, das sei alles selbstverständlich, weil doch überall in der Welt gebaut wird, machen die Genossen im politischen Gespräch den sozialistischen Charakter unserer Wohnungspolitik deutlich. In den Ländern des Kapitals - die BRD ist dafür ein treffendes Beispiel - werden die Gegensätze zwischen Herrschenden und Ausgebeuteten auch in den Wohnverhältnissen immer krasser. Bodenspekulation, Mietwucher und Profitgier im Baugeschäft vertiefen dort das soziale Unrecht. Und mit dem Polizeiknüppel wird in westdeutschen Großstädten und in Westberlin jugendlichen Wohnungsuchenden eingebleut, in welcher Klassengesellschaft sie leben, wessen Interessen der Staat der Monopole vertritt.

Systembedingte Vorzüge

Die Städte in unserer Republik sind frei von versteinerten Gegensätzen zwischen arm und reich. Und das ist systembedingt.

Was ist das Sozialistische an unserer Wohnungspolitik?

Der Wohnungsbau in der DDR wird maßgeblich vom Staat und von Genossenschaften (AWG) bestritten. Er ist fest in die Planung der Volkswirtschaft eingeordnet. Eine moderne volkseigene Bauindustrie ermöglicht, rasch, effektiv und in guter Qualität zu bauen. Unsere sozialistische Demokratie gibt den Bürgern Einfluß auf die Planung der Wohngebiete, ihre kulturellen und sozialen Einrichtungen. Die gesellschaftlichen Normen für die Verteilung des Wohnraumes gehen vorrangig von den Bedürfnissen der Arbeitenden, der Kinderreichen, jungen Eheleute und betagten Bürger aus. Stabile, niedrige Mieten sind ein wesentlicher Faktor sozialer Sicherheit der Familien. Die Einheit von Neubau, Modernisierung und Erhaltung des Wohnraums trägt zunehmend dazu bei, daß sich die Bürger überall in ihrer Wohnumwelt wohl fühlen.